



Liebe Leserinnen und Leser,

zurück aus der parlamentarischen Sommerpause ging es im bundespolitischen Sitzungs-Betrieb gleich wieder in die Vollen. Alleine mit den Themen „Haushalt“, „Krankenhausreform“ und „Migration“ beschäftigen uns gegenwärtig wegweisende Entscheidungen und garantieren ein straffes Programm bis Ende des Jahres. Da freut es mich, dass meine Meinung dazu bei vier Reden in diesem Monat im Plenum Gehör fand.

In dieser Woche durfte ich zudem wieder eine Besuchergruppe aus der Heimat in Berlin begrüßen, darunter die mittlerweile 1000. Besucherin aus dem Wahlkreis. Gleichzeitig ist die Wahlperiode bereits zur Hälfte um, weswegen es Zeit für ein „Halbzeit-Fazit“ ist.

Das und vieles mehr lesen Sie in dieser neuen Ausgabe meines Newsletters, wobei ich Ihnen wie immer viel Vergnügen wünsche!

*Ihr und Euer
Dr. Klaus Wiener*



Halbzeit im Bundestag – Zeit für eine Bilanz

Der Wahlabend, der erste Arbeitstag als Bundestagabgeordneter, die Premiere im Plenum – es kommt mir vor, als ob all das erst gestern gewesen wäre. In Wahrheit ist es dieser Tage nun schon volle zwei Jahre her. Zwei Jahre, die es in sich hatten! Und auch, wenn ich mich längst bestens im Hauptstadtbetrieb eingelebt habe und zuletzt sogar drei Bundestags-Reden in einer Woche halten durfte, ist jede Sitzung „unter dem Adler“ etwas Besonderes.

Ich bin in die Politik gegangen, um die Entwicklung unseres Landes mitgestalten zu können. Und das versuche ich, so gut wie möglich umzusetzen – in den Ausschüssen für Umwelt, für Finanzen und für Wirtschaft genauso, wie im Plenum, in Sitzungen von Fraktion oder Landesgruppe oder auf zahlreichen „Außenterminen“. Dabei ist mein fester Kompass immer die soziale Marktwirtschaft, der Erfolgsgarant Deutschlands in den letzten 70 Jahren.

Weniger schön ist die Oppositionsrolle, aus der heraus man naturgemäß nicht viel gestalten kann, dafür umso schonungsloser Kritik üben darf und muss.

Und Kritikpunkte an der Regierungskoalition gibt es reichlich. Deutschland ist unter der Ampel-Regierung wirtschaftlich in Rekordzeit zum „kranken Mann Europas“ geworden. Gerade in Zeiten globaler Krisen, wie Pandemie und Ukraine-Krieg, bräuchte es Pragmatismus statt Ideologie. Stattdessen verunsichert die Bundesregierung die Menschen mit handwerklich schlecht gemachten Gesetzen wie dem Heizungsgesetz oder falschen Weichenstellungen wie der Erhöhung des sogenannten „Bürgergeldes“: So etwas schafft keine Arbeitsanreize, sondern nimmt sie weg – und das in Zeiten eines akuten Arbeits- und Fachkräftemangels.

Ähnlich wichtig, wie die ganzen Fachgespräche, sind für mich aber auch die zahlreichen Begegnungen mit den Menschen „vor Ort“. Nicht zufällig verbringe ich gut die Hälfte meiner (Dienst-) Zeit im Wahlkreis, tausche mich regelmäßig aus mit Bürgern und Kommunalpolitikern, besuche Unternehmen, soziale Einrichtungen und Vereine. Und von überall nehme ich wertvollen Input mit in meine Arbeit.

Unterm Strich bestätigen die Rückmeldungen von den verschiedenen Ebenen meinen Leitsatz aus dem Wahlkampf: Wir müssen Ökonomie und Ökologie gemeinsam denken. Und dafür setze ich mich weiter ein – auch in den nächsten zwei Jahren.

Krankenhausreform

Die aktuelle Lage unserer Krankenhäuser ist alarmierend. Experten gehen davon aus, dass bis zu 80 % der deutschen Krankenhäuser bis Ende 2024 mit finanziellen Engpässen kämpfen werden und 31 % bis dahin sogar Insolvenz anmelden könnten. Wir als CDU/CSU sind uns einig: So kann und darf es nicht weitergehen!

Die Bundesregierung muss sich den Ansatz unseres NRW-Gesundheitsminister Laumanns als Vorbild nehmen und Krankenhäuser mit Strukturveränderungsfinanzierungen unterstützen. Denn eine strukturelle Anpassung auf Bundesebene ist Voraussetzung für den Erhalt unseres guten Gesundheitssystems!

Auch wir im Kreis Mettmann haben bereits eine Resolution verabschiedet. Diese umfasst u.a. die Einrichtung einer Stroke-Unit. Zusätzlich benötigen Krankenhäuser sowie Notfallversorgungen einen Inflationsausgleich. Auch sollten Krankenhäusern medizinische Leistungsbereiche zugewiesen werden, die deren wirtschaftliche Tragfähigkeit sichern. Und bei alledem gilt es, den Kreis Mettmann und seine kreisangehörigen Städte umfassend zu beteiligen!



PFAS – Stoffe und die Auswirkungen auf die Industrie

Anfang dieses Jahres reichte das deutsche Umweltbundesamt mit vier weiteren europäischen Behörden ein Beschränkungs-dossier bei der Europäischen Chemikalienagentur ein, welches einem pauschalen Verbot von "Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen", kurz PFAS, gleichkommt. Was erstmal technisch klingen mag, ist tatsächlich ein Vorhaben, das - wenn so umgesetzt wie aktuell vorgesehen - dramatische Auswirkungen auf die industrielle Basis unseres Landes hätte. Denn jene Substanzen befinden sich in einer Vielzahl von Anwendungen - sei es im Gesundheitswesen, bei der Energieerzeugung (z. B. Windräder), bei Halbleitern aber auch in Alltagsprodukten wie Anoraks oder Pfannen. Klar ist: Stoffe, die nachweislich gesundheitsschädlich sind, müssen aus dem Verkehr gezogen werden. Dennoch setzen wir uns gegen ein Pauschalverbot ein! Umso wichtiger sind daher Gespräche mit unterschiedlichen Interessensvertretern aus Industrie und Umwelt, die wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion regelmäßig durchführen.

Fachgespräch mit der EU-Generaldirektorin



Eine Premiere: drei Reden in einer Woche

Auch nach zwei Jahren im Bundestag gibt es noch Premieren: In dieser letzten Septemberwoche hat die Fraktion mich gebeten, gleich drei Reden im Plenum mit wirtschaftspolitischen Auswirkungen zu übernehmen. Los ging es am Mittwoch mit einer Einordnung der Start-Up-Strategie der Bundesregierung. Meine Kernbotschaft: Hier braucht es mehr Fokus, Tempo und Umsetzungskraft. ([Sehen Sie die ganze Rede hier](#)). Am Donnerstag dann sprach ich mich beim Chemikaliengesetz gegen höhere Bürokratiemaßnahmen und Personalaufwuchs aus ([Zur Rede](#)). Und abschließend fand die Einwegkunststofffondsverordnung meine deutliche Kritik an den hohen zusätzlichen Kosten von 3,3 Mio EUR pro Jahr ([Zur Rede](#)).



Mit Vertretern der Umweltbehörde sowie der Chemie-, Industrie- und Medizinbranche ging es um PFAS.

In der vergangenen Sitzungswoche gab es interessanten Besuch aus Brüssel – Frau Dr. Weyand, Generaldirektorin der Europäischen Kommission im Bereich Handel, besuchte eine Sitzung unseres Wirtschaftsausschusses und stellte sich engagiert Rede und Antwort unserer Fragen.

In Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen ist es heute wichtiger denn je, dass sich Europa mit Ländern verbündet, die unsere Werte teilen. Hier trägt die EU als Verhandler und Vermittler eine entscheidende Rolle und Verantwortung!



WAHLKREIS

1000. Gast aus dem Wahlkreis

Seit genau zwei Jahren ver-
trete ich den Südtel des
Kreises Mettmann als Ab-
geordneter im Bundestag.
In dieser Woche konnte ich
den 1000. Gast aus unserer
Heimat in der Hauptstadt
empfangen: Mit der Erkrath-
erin Eva Flader begrüßte
ich die Leiterin der Begeg-
nungsstätte des Johanni-
ter-Hauses Erkrath.



Sie und über 40 weiteren
Mitreisendekonnten im
Rahmen eines mehrtägigen
Besuchs einen Blick ins In-
nere der Hauptstadt, ihres
Politikbetriebes und dessen
Geschichte werfen. Unter
den vielen Aufgaben eines
Abgeordneten ist das viel-
leicht die ehrenvollste: den
Menschen die politischen
Prozesse buchstäblich nahe
zu bringen und dabei auch
die parlamentarische Ar-
beit transparenter zu ma-
chen. Die Einladung nach
Berlin ist auch ein Danke-
schön für die Menschen,
die sich in besonderem
Maße engagieren.



In den Medien

Rheinische Post:

„Voller Einsatz in Bundestag und
Wahlkreis“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Schaufenster Mettmann:

„Kümmerer mit klarer Kante“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Supertipp:

„Wiener ruft auf zum Wettbewerb zur
Wiedervereinigung“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Lokal Anzeiger Erkrath:

„Bürgersprechstunde bei Bundestags-
abgeordnetem Klaus Wiener“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Haaner Treff:

„St. Josef: Krankenhausmitarbeiter le-
gen eine Schweigeminute ein“

[Hier den Artikel lesen.](#)

Parlamentszeitung:

„Diese Rezession ist Ihre Rezession.“

[Hier den Artikel lesen.](#)



„Wusstet ihr, dass Abgeordnete auch einen Stun-
denplan haben und dass man hier fürs Fehlen
Strafe zahlt?“ Das hat die 130 Schülerinnen und
Schüler der Heinrich-Heine-Gesamtschule aus
Mettmann dann doch erstaunt bei ihrem Besuch
im Bundestag. Die 10. Klasse hatte sich diesen
Monat auf den Weg gemacht, um vor Ort etwas
über den Parlamentsbetrieb und die Gesetzge-
bung zu lernen. Im Bundestag konnten sie dann
viele Fragen zu diversen Themen stellen. Bei bes-
tem Wetter erkundete die Klasse dann noch die
Stadt, bevor es zurück nach Mettmann ging.



Ein bunter Nachmittag bei den Johannitern

Zum zweiten Mal war ich zu Gast im Johanniter-
Haus Erkrath. Diesmal durfte ich im Rahmen des
„Bunten Nachmittags“ in der dortigen Begegnungs-
stätte aus dem politischen Nähkästchen plaudern.
Bei Kaffee und Kuchen entwickelte sich ein lebendi-
ger Austausch. Dabei beeindruckten mich vor allem
die Offenheit und das damit zum Ausdruck ge-
brachte Interesse an unserer gesellschaftlichen Ent-
wicklung durch die Anwesenden, die größtenteils ei-
ner Generation angehören, die wahrlich schwere
Krisen gemeistert hat. Für mich ein wertvolles Feed-
back – auch für unsere tagespolitischen Herausfor-
derungen.

Als Praktikant der großen Politik folgen

Aus Mettmann nach Berlin – Sebastian Sitzmann ist
für einige Wochen als Praktikant in meinem Büro.
Die ersten Tage hat er auf [Instagram](#) festgehalten.
In seinem Praktikum unterstützt er vor allem den
Bereich der wirtschaftspolitischen Recherche.

130 Schüler aus Mettmann im Bundestag





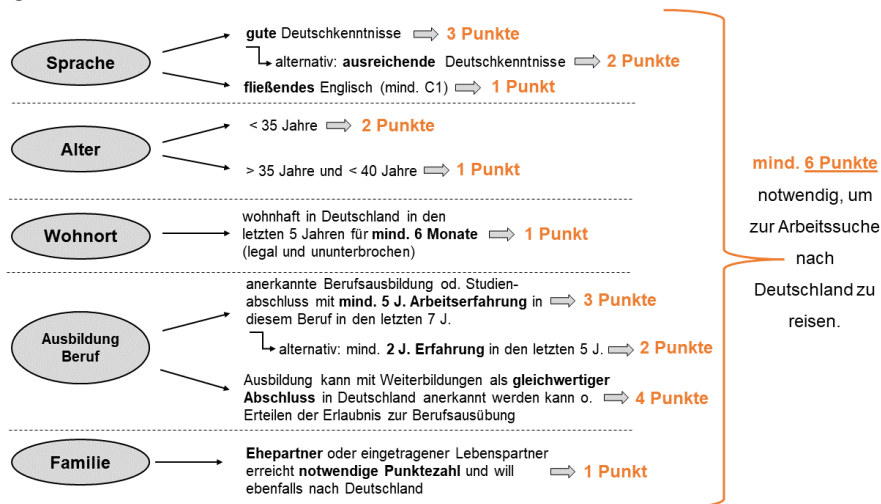
Mit diesen Worten hat der damalige Bundespräsident Gauck sehr gut beschrieben, in welchem Spannungsfeld wir uns beim Thema Migration befinden. Wir wollen und müssen Menschen in Not helfen. Das verlangt unser christliches Menschenbild. Und zur Wahrheit gehört: Es gibt kaum ein Land auf dieser Erde, das Flüchtlinge so großzügig aufnimmt und unterstützt, wie Deutschland. Wir dürfen und müssen dabei aber auch Belastungsgrenzen für unser Gemeinwohl im Blick haben. Denn tun wir das nicht, drohen soziale Verwerfungen und eine Stärkung der politischen Ränder. Diese Entwicklung müssen wir um jeden Preis verhindern; das lehrt uns die Geschichte.

Ich meine, wir müssen bei der Migration sehr viel stärker unterscheiden zwischen politisch verfolgten Menschen und denen, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Im Grundgesetz steht: Politisch Verfolgte genießen Asyl. Dieses hohe Gut gilt es zu schützen. Die meisten Menschen, die zu uns kommen, kommen aber aus wirtschaftlichen Gründen zu uns. Und genau hier haben wir das Recht zur Steuern und zu ordnen – genau wie jedes andere Land dieser Erde.

Leider unternimmt die Ampel-Regierung derzeit alles, um die Migration aus wirtschaftlichen Gründen zu verstärken. Pull-Faktoren wie das sogenannte „Bürgergeld“ werden gestärkt und mit dem „Chancenaufenthaltsrecht“ erhalten auch Menschen, die illegal zu uns gekommen sind, das Recht zu bleiben. Die Hürden hierfür sind niedrig gesetzt. Im Punktesystem reicht es, jünger als 35 Jahre zu sein, hinreichend deutsch zu sprechen (Leve B1) und in den letzten fünf Jahren sechs Monate legal in Deutschland gewesen zu sein. Damit fördern wir die Migration junger Männer, die meistens ohne Familie zu uns kommen, und die sich gegen die Schwächeren im Einwanderungsprozess durchsetzen können. Nicht minder bedeutsam ist, dass auf diese Art und Weise Zuwanderung auch ohne fachliche Qualifikation möglich ist. Den Fachkräftemangel bekämpfen wir so ganz sicher nicht!

Die Zahlen müssen runter

Aktuell kommen so viele Menschen zu uns, dass die Belastungsgrenzen unserer Kommunen längst überschritten sind. Ich möchte an dieser Stelle auch einmal für das große Engagement der vielen Helfer vor Ort danken! Ohne dieses private Engagement wären unsere Kommunen unter der Last der Aufgabe längst zusammengebrochen. Wir schulden es den Menschen vor Ort aber auch, dass wir sie nicht überfordern. Was ist daher zu tun? Zuerst müssen wir den Migrationsstrom begrenzen.



Um unsere sozialen Sicherungssysteme, unsere Kommunen, den Wohnungsmarkt, unsere Schulen, ja die Gesellschaft als Ganzes nicht zu überfordern, müssen die Migrationszahlen ganz einfach runter. Dazu brauchen wir wirksame Kontrollen an den Außengrenzen. Dass dies funktionieren kann, wird derzeit in Dänemark bewiesen. Positiver Nebeneffekt:

Das politisch extrem rechte Lager ist dort in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Auch müssen wir dazu übergehen, den Menschen in der ersten Aufnahmephase bis zum Asylbescheid Sachleistungen statt Geld zur Verfügung zu stellen. Den Menschen in Not wäre geholfen, und der Migration aus rein monetären Gründen wäre ein Riegel vorgeschoben. Erforderlich ist auch, die Liste der sicheren Herkunftsländer auszuweiten. Blockiert wird dies im Bundesrat aber seit Jahren allein durch die Partei der Grünen.

Das Thema Migration beschäftigt die Menschen derzeit so sehr wie kein anderes Thema. Das wissen wir aus einer Vielzahl von Befragungen, das weiß ich aber auch aus zahllosen Gesprächen mit den Menschen bei mir im Wahlkreis. Viele sind es ganz einfach leid, dass über dieses Thema immer nur geredet wird, und dass die Bundesinnenministerin Nancy Faeser in Hessen seit Monaten Wahlkampf macht, statt dieses Problem energisch anzugehen. Die Zeit zu handeln ist jetzt!

Impressum

Dr. Klaus Wiener MdB
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel. 030 - 227 75621
 Mail: klaus.wiener@bundestag.de

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, [klicken Sie hier](#).

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 29.09.2023

